

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 28 (1934)
Heft: 1

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

mer mehr, auch völlig nackt, das *Heidentum* hervor und *kämpft* entweder gegen Christus an, oder fucht gar, ihn zu „ergreifen“, um ihn in seinen *Dienst* zu nehmen. Dieser Kampf zwischen Christus und dem Heidentum, und zwar dessen schlimmster, verderbtester, gefährlichster Form, mit den verhüllten und nackten, dürfte der letzte Sinn des *ganzen* Kampfes sein, von dem wir in dieser Erörterung „Zur Weltlage“ geredet haben.

9. Januar 1934.

Leonhard Ragaz.



Rundschau



Zur Chronik.

I. *Politisches*. 1. *Weltpolitik*. In *China* scheint die Erhebung des linken Flügels der Kuomintangpartei von der Provinz Fukien aus durch die Truppen der Nankinger-Regierung niedergeschlagen worden zu sein. Doch dauert der viel verschlungene chinesische Bürgerkrieg, hinter dem zum Teil fremde Mächte (vor allem Rußland und Japan) stehen, fort. Eine Vorstellung davon, was der frisch-fröhliche Zukunftskrieg bedeuten würde, für den man offenbar in gewissen Völkern (zu denen das schweizerische gehört!) geradezu zu schwärmen beginnt, gibt die Nachricht, daß bei der Bombardierung der Stadt Futschau durch Flieger tausend Zivilpersonen umgekommen seien. Und doch war das gewiß nur Stümperci, verglichen mit dem, was in Europa zu fürchten wäre.

Die *Japaner* wollen nun wirklich aus der Mandschurei und Teilen der Mongolei ein nordchinesisches Kaiserreich mit einer Strohuppe an der Spitze errichten.

Die Vorbereitungen zu einem *russisch-chinesischen Kriege* werden auf beiden Seiten fieberhaft betrieben. Auch die übrigen Mächte rüsten sich für den Austrag des pazifischen Konfliktes: Frankreich durch Anlage von Marinestützpunkten auf den jüngst von ihm annektierten Inseln; Australien und Holländisch-Indien durch Befestigung ihrer Küsten; die Vereinigten Staaten durch Ausbau ihrer Flottenstationen; England durch beschleunigte Herstellung seiner berühmten Flottenbasis von Singapur.

Im Krieg zwischen *Bolivien* und *Paraguay* werden neuerdings Vermittlungsversuche einer Völkerbundskommission unternommen.

Holländisch-Indien ist infolge der Krise in großen finanziellen Schwierigkeiten. Die Gehälter der Beamten und die Ausgaben für Heer und Flotte müssen stark gekürzt werden.

2. *Hitler-Deutschland*. Durch die Bildung einer *Reichspressekammer* ist die Gleichschaltung der Presse zu Ende organisiert.

Die in ihren besten Bestandteilen auf den Freiherrn von Stein zurückgehende *preussische Gemeindeordnung*, die den Gemeinden eine weitgehende Verwaltungsautonomie gewährte, ist aufgehoben worden. Die Bürgermeister und Räte werden nun von der Regierung ernannt. (Das gehört wohl zur „deutschen Freiheitsbewegung“!)

Der, wie es scheint, noch mehr oder weniger mit Schleicher verbundene Leiter des Reichswehrministeriums, Freiherr von *Hammerstein*, ist „zurückgetreten“. An seine Stelle kommt der Generalleutnant von Fritzsch.

Die Zahl der zum *Universitätsstudium* Zuzulassenden wird gewaltig eingeschränkt und ein *numerus clausus* eingeführt, der natürlich alle politisch Mißliebigen vollends ausschaltet. Statt 30 000 dürfen künftig bloß 15 000 vom Gymnasium zur Universität übergehen, die andern sollen anderswie untergebracht wer-

den. Eine jener Maßregeln des Regimes, in denen ein gutes Recht steckt (das akademische Studium, überhaupt das Studium, spielt heute eine viel zu große Rolle), das aber dadurch mißbraucht wird, daß es den Machtzielen des Regimes dienen muß.

Der *Terror* dauert, wenig, wenn überhaupt, gemildert fort, noch abgesehen von den furchtbaren Verurteilungen und Hinrichtungen von Kommunisten, die meistens Justizmorde bedeuten werden. Neuerdings ist z. B. wieder der ehemalige Redaktor der „Volksstimme“ in Schmalkalden, *Ludwig Pappenheim*, im Konzentrationslager Börgel-Moor in der Nähe der holländischen Grenze, „auf der Flucht erschossen“ worden. Die *Weihnachtsamnestie* sollte etwa tausend Gefangenen den Weg in die „Freiheit“ geöffnet haben, aber bloß auf Wohlverhalten hin. Dafür füllen sich Gefängnisse und Lager mit andern.

Im Prozeß gegen Professor *Deßauer* aber ist eine Freisprechung erfolgt.

Selma Lagerlöfs Werke sind in Hitler-Deutschland verboten. Vielleicht, weil diese Frau etwas allzu „nordisch“ ist?

Das *englische Oberhaus* hat einen Antrag seines Vizepräsidenten, Lord Marley (der das Vorwort zum „Braunbuch“ geschrieben), daß gegen das politische Vorgehen im Reichstagsprozeß protestiert werde, günstig aufgenommen. Der *amerikanische Athletenbund* hat zu einem Boykott der deutschen olympischen Spiele aufgefordert.

Ein Appell des bekannten, nun scheinbar auch gleichgeschalteten Professor *Sauerbruch* um Verständnis für Hitler-Deutschland wird von der Internationalen Verbindung sozialistischer Aerzte scharf zurückgewiesen.

Die vom Völkerbund eingesetzte *Kommission für die deutschen Emigranten*, die kürzlich in Lausanne ihre Eröffnungssitzung hielt, scheint ein typisches bürokratisches Gebilde zu sein und schwer zu enttäuschen.

3. *Frankreich*. Die Affäre *Stavisky* beschäftigt gegenwärtig Frankreich mehr als alles andere. Dieser russische Hochstapler hat den Crédit Municipal von Bayonne, ein Institut für Fürsorgezwecke, mit Hilfe des dortigen Bürgermeisters und anderer Größen um viele Hunderte von Millionen Franken geschädigt. Viele Politiker, besonders aus den Kreisen der jetzigen Regierungspartei, sind schwer kompromittiert. Man blickt wieder in eine arge Korruption durch die Geldgier (die oft mit andern Arten von Gier zusammenhängt) hinein. Kein Land hat darin andern viel vorzuwerfen. Jedenfalls werden in Ländern mit Pressefreiheit solche Affären unerbittlich beleuchtet. Man behauptet, ein Teil des Geldes sei im Dienste der Hitler-Propaganda gestanden. Das gälte von jener Zeitung „Midi“, deren Korrespondent neulich ein Interview mit Hitler hatte. (Vgl. das Dezemberheft S. 570.)

II. *Die Friedensbewegung*. In den *Vereinigten Staaten* geht der antimilitaristische (dort „pazifistisch“ genannte) Kampf besonders auf zwei Linien vorwärts: im Widerstand gegen die Militarisierung der Schulen, besonders der „höheren“, und in der Abwehr des immer neuen Versuches, das amerikanische Bürgerrecht von der Stellung zu Militär und Krieg („Landesverteidigung“) abhängig zu machen.

Die *Dienstverweigerung* geht besonders in *Frankreich* und *Holland* vorwärts. Von der französischen soll noch anderwärts die Rede sein. Neuerdings hat die Verweigerung des hervorragenden jungen Pfarrers *Philipp Vernier* großes Aufsehen erregt. Die Gerichtsverhandlung in Lille erinnerte wieder an altchristliche Märtyrerprozesse. (Vgl. den sehr ausführlichen Bericht in den „Cahiers de la Réconciliation“, dem Organ des französischen und belgischen Versöhnungsbundes, September/Oktober, zu beziehen bei Pfarrer Henri Rofer, Aubervilliers (Seine), 121, Boulevard Edouard-Vaillant.)

In der *Schweiz* haben neuerdings *E. Matthey* aus Vilette bei Genf und *Erich Descoendres* aus Biel verweigert. Sie wurden vom Militärgericht der Division 2 A, das in Murten tagte, zu je einem Monat Gefängnis und einem Jahr Einstellung

in den bürgerlichen Ehren verurteilt. Matthey wurde durch den Kandidaten der Jurisprudenz an der Universität Genf, François Clerc, einen Sohn des bekannten Professors Charly Clerc, an der Technischen Hochschule in Zürich (der auf einem andern Boden steht), Descoeudres durch unsern Freund Pfarrer Marcel Bourquin in Genf, verteidigt — beide auf ausgezeichnete Weise.

Jede edelste Sache kann durch ihre Anhänger falsch vertreten werden. Manchmal aus Uebereifer. In diesem Sinne muß man es mißbilligen, wenn der bekannte Dienstverweigerer *Leretour* die zweimalige Zerstörung eines bekannten Denkmals für Briand damit beantwortete, daß er mit einem Freunde zusammen der Statue des bekannten Nationalisten Deroulède den Kopf abschlug. Ähnlich sind andere Aktionen solcher Art, die etwa vorkommen, zu beurteilen. Man kann sie vielleicht gut begreifen und soll nicht pedantisch sein, aber es gilt eben doch: „Wisset ihr nicht, welch Geistes Kinder ihr seid?“

Mit der Dienstverweigerung hat sich auch die Ligue des droits de l'homme wieder ausführlich beschäftigt, wie immer in sympathischem Sinne.

IV. *Soziales und Sozialismus*. 1. *Wirtschaftliches*. Das *japanische Dumping* beunruhigt fortdauernd die ganze Welt.

Die englische *Arbeitslosigkeit* ist gesunken, die französische, deutsche und italienische gestiegen. Auch die schweizerische. Sie betrug Ende 1933 95 000, 15 000 mehr als Ende Oktober und 3500 mehr als zu der gleichen Zeit im Vorjahr.

Die Konjunktur bessere sich im allgemeinen, was aber noch nicht heißen will, daß die Krise überwunden sei.

2. *Sozialismus und soziale Bewegung*. Große sozialistische *Wahlsiege* werden neuerdings aus Finnland und Jugoslawien gemeldet. In Bridgeport im Staate Wisconsin (U. S. A.) ist der sozialistische Kandidat Jasper P. Mac Leay glänzend zum Bürgermeister gewählt worden und mit ihm von 16 Aldermen (Gemeinderäten) 13 Sozialisten.

In *Japan* sind im letzten Jahre 4377 Personen wegen „gefährlichen Ideen“ verhaftet worden. Im Jahre 1931 waren es 9212.

Der Kongreß des *Internationalen sozialistischen Frauenbundes*, der in Paris tagte, hat einen energischen Aufruf zum Kampfe gegen Faschismus und Krieg erlassen.

Das Verhältnis des Sozialismus zur „Landesverteidigung“, Mittelstand, Bauernschaft beschäftigt auch die *holländische Sozialdemokratie* stark. Die Leitung lehnt vorläufig ab, ihre bisherige Haltung in bezug auf die „Landesverteidigung“ zu ändern.

Nicole hat vor dem Großen Rat ein energisches Anfassen des Problems der Arbeitslosigkeit, einen gerechten sozialen Ausgleich, die Schaffung einer Staatsbank und eines Wirtschaftsrates in Aussicht gestellt. Der Polizei legte er in einer Ansprache ans Herz, daß sie für das Publikum da sei und nicht umgekehrt, daß ihr Verhältnis zu dem Publikum ein Vertrauensverhältnis sein müsse und daß sie sich vor allem vor jeglicher Brutalität, auch gegen Vertreter anderer Parteien, zu hüten habe.

V. *Kultur und Natur*. Das Eisenbahnunglück von *Lagny*, das Weihnachten verdunkelte, mit seinen über 200 Toten und ebenso vielen Schwerverletzten, ist wieder geeignet, uns vor den Dämonen der *Technik* zu warnen. Ebenso der Bruch des *Staudammes* bei *Colmar* mit seinen neun Toten, das *Bergwerkunglück* von *Dux* in Böhmen mit 120 Toten, und das auf dem Bahnhof von *Kyoto* in Japan mit 81 Toten. In *Dux* soll wieder schwere Nachlässigkeit der Leitung im Spiel gewesen sein.

Noch tiefer in die *sittliche* Gefährdung der Zeit weisen die furchtbaren *Morde*, die in der letzten Zeit in der Schweiz geschehen sind: in Winterthur der einer Abwartsgattin an ihrem schlafenden Manne zum Zwecke einer finanziellen Erleichterung, der in Stäfa von einem achtzehnjährigen Burschen an seiner Herrin,

die ihn nach seinem eigenen Geständnis stets freundlich und gütig behandelte, begangene, der Ueberfall auf die Weverbank in Basel und so fort.

Nicht ganz ohne Bedeutung wäre es, wenn, wie es den Anschein hat, das *Seeungeheuer* im schottischen See Loch Ness, eine Art Drache, sich als Wirklichkeit herausstellte. Es würde sich dann wieder zeigen, wie viel Wahrheit doch in den alten Ueberlieferungen steckt. Philosophische Spekulation aber könnte auf den Gedanken kommen, das Erscheinen von natürlichen Ungeheuern neben den technischen und moralischen in unserer Zeit sei kein Zufall.

V. *Religion und Kirche.* Der Kirchenrat von *Zürich* hat nun in Ausführung des bekannten Beschlusses der Synode eine Erklärung gegen den *Antifemismus* erlassen.

Die *französischen reformierten Kirchen* werden durch die Zunahme der *Dienstverweigerung* besonders in den kirchlich-theologischen Kreisen stark beunruhigt. (Den neuen Fall Philipp Vernier haben wir schon erwähnt.) Die einen haben gegen sie Stellung genommen, in dem Sinne, daß sie einem Verweigerer den Zutritt zum Pfarramt verlagten würden, die andern haben sich verständnisvoller gezeigt. Die Zeitschrift „Le Christianisme Social“ bringt einen hochsinnigen Aufsatz von *Wilfred Monod* über das Problem und die Jahresversammlung der „Association pour le christianisme social“ ist lebhaft für die Verweigerer eingetreten.

12. Januar 1934.

Zur schweizerischen Lage am Jahresanfang.

I. Das letzte Jahr ist für die Schweiz doch wohl am meisten durch das mit dem Machtantritt Hitlers zusammenhängende Auftreten der sogenannten *Fronten* charakterisiert. Nach einer mächtigen ersten Flut, die alles zu überschwemmen drohte (freilich nur für Kurzsichtige und Aengstliche oder solche, welche die Schweiz nicht kennen), ist sie schon in der zweiten Hälfte des Jahres zum Stillstand gekommen, in ihrer Kraft gebrochen durch ihre eigene Zerrissenheit, Unklarheit, Gedankenleere und Wesensfremdheit gegenüber schweizerischer Art, wie durch den Mangel an bedeutenden Führern, aber auch durch den Widerstand, der noch vorhandenen demokratischen Gesinnung, des Sozialismus und der bürgerlichen Parteien. Die letzten bemerkenswerten Äußerungen im vergangenen Jahre waren ein Versuch Elmers, des „Führers“ der „Nationalsozialistischen Front“, im Berner Oberland bei den durch ihre Not aufgeregten Kleinbauern einen Steuerstreik zustande zu bringen, und der, wie es scheint, nicht ohne heftigen Kampf zustandegekommene Beschluß der „Nationalen Front“, gegen die neue Lex Häberlin zu stimmen. Dieser Beschluß ist recht interessant; er zeigt, daß die „Nationale Front“ auf den Wegen Mussolinis und Hitlers sich zunächst „revolutionär“, ja „sozialistisch“ gebärden will. Oder ist es wirklich Ueberzeugung, nicht bloß Gebärde? Das wird sich ja zeigen.¹⁾

Im neuen Jahre ist dann, als Neujahrsgeschenk, die Bildung einer sich an den Obersten Fonjallaz anschließenden *faschistischen* Gruppe (*Lega Nazionale ticinese*) im *Tessin* aufgetaucht.

Damit ist besonders intensiv die Frage nach den weitem Ausichten der Frontenbewegung gestellt. Ihre „Führer“ selbst trösten sich über ihren vorläufigen Stillstand damit, daß sie erklären, der „Marxismus“ müsse noch weiter fortschreiten und seine Verderbnis offenbaren, bevor der siegreiche Gegenstoß erfolgen könne. Was man von dieser Argumentation auch halten möge, so tut doch der Sozialismus gut daran, sie zu beachten.

Im übrigen ist die Frage, wie mir scheint, etwa so zu beantworten: Die

¹⁾ Wenn die „Neue Zürcher Zeitung“ sich über diese Haltung als über etwas Unbegreifliches aufregte, so hat sie damit nur wieder verraten, wie wenig in den Augen ihrer Urheber die neue Lex gegen die Fronten gerichtet ist. Denn warum sonst sich aufregen, wenn diese sich wehren?

Frontenbewegung als Parteiorganisation und in ihrer revolutionären Form hat wohl nach wie vor wenig Aussicht, es sei denn, daß die Wirtschaftskrise sich rasch noch verschlimmere, statt sich, wenigstens teilweise, zu mildern. Aber der *Faschismus* als *Stimmung* und *Denkweise* wird wohl ohne Zweifel weiter vordringen. Denn er ist das natürliche Strombett für die Flut einer Reaktion, die keine eigenen Ideen hat. Diese Reaktion wird allerdings durch Fortschritte des „Marxismus“ verstärkt werden. Es wird ein etwas gemilderter, etwas maskierter Faschismus fein, aber doch Faschismus. Das Offizierskorps besonders wird von diesem Geiste beherrscht fein und dann Grimm und feine Freunde, und dazu die Demokratie, beschützen!

Das ist das Eine, was wir mit einer gewissen Sicherheit zu erwarten haben. Das andere aber ist, daß dieser Faschismus sich vorwiegend auf *eine* Form der Verwirklichung werfen wird: die *Berufsorganisation* im Sinne der korporativen Idee oder des „Ständestaates“. Dabei wird der Katholizismus vorausgehen, von der allgemeinen römisch-katholischen Politik der Enzyklika *Quadragesimo anno* ange-
trieben. Es ist nicht zufällig, daß man nun auch in Luzern, der zweiten katholischen Hochburg der Schweiz, von einem solchen Plane munkelt, während er in Freiburg infolge von allerlei Widerständen etwas zurückgestellt worden ist. Aber die Bewegung beschränkt sich keineswegs auf die katholische Schweiz. Der „freisinnige“ Nationalrat Schirmer vertritt sie innerhalb seiner Kreise, und zwar, wie mir scheint, in einer Form, der unsereins weitgehend zustimmen kann. Auch die Front der „Neuen Schweiz“ nimmt sich des Gedankens eifrig an. Sie scheint überhaupt gegenwärtig die lebendigste aller Fronten zu fein, vielleicht, weil sie eine spezifische Mittelstandspolitik mit konkreten praktischen Postulaten treibt, vielleicht aber auch, weil sie am ehesten ein gemein-schweizerisches Ideal vertritt und eine wirkliche Erneuerung will. Aber mit einer *umfassenden* Tendenz stimmt es dann wieder nicht, wenn zu einer großen Konferenz von Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen, die in Bern stattfand und deren Gegenstand die berufsständische Organisation war, gerade die weitaus stärkste aller Arbeiterorganisationen, der Schweizerische Gewerkschaftsbund, *nicht* eingeladen worden ist unter dem Vorwand, sie stehe auf dem Boden des Klassenkampfes.

distingue!

Daß ich dem korporativen Gedanken, den ich auf *meine* Art seit anderthalb Jahrzehnten vertrete, nicht auf einmal ablehnend gegenüberstehe, wissen (und begreifen hoffentlich) die Leser. Sie wissen auch, daß nach meiner Ansicht der Sozialismus diese notwendige Organisationsform der kommenden Gesellschaft auf *seine* Art vertreten sollte. Was aber den Faschismus als solchen betrifft, der sich dieser Form, die keineswegs von ihm gefunden worden ist, bemächtigt hat, so meine ich nicht, daß seine Herrschaft unausweichlich sei. Es kann ihm der doppelte Damm eines demokratischen, wirklich volksumfassenden, innerlich und äußerlich erneuten *Sozialismus* und einer über den Parteisozialismus hinausgehenden sozialen *Demokratie* entgegengesetzt werden. Anfänge dazu sind vorhanden. Auf der „bürgerlichen“ Seite wäre der größte Teil derer zu nennen, die hinter den „Republikanischen Blättern“ und der „Nation“ stehen. Auch mit der „Neuen Schweiz“ wäre vielleicht zu reden. Im Sozialismus ist, wenn auch vielfach erst in unklarer und schwächerer, wenig gründlich orientierter, mehr opportunistischer Form, die gleiche Tendenz sehr deutlich vorhanden. Ich nenne als Beweis im Einzelnen nur die Schrift des sozialistischen Berner Professors *Fritz Marbach*: „Gewerkschaften, Mittelstand, Fronten“, die beiden großen Gewerkschaftsorgane „Der öffentliche Dienst“ und die „Metallarbeiter-Zeitung“, dazu die Mitarbeit hervorragender Sozialisten an der „Nation“. Noch fast bedeutsamer kommen mir Versammlungen vor, wie eine jüngst in Basel stattgefundene, wo der Führer der „Jungbauern“, der bernische Nationalrat Müller, und der sozialistische Basler Regierungsrat Wenk sich in bezug auf die Forderungen des *Bauerntums* weitgehend einigen konnten. Diese ganze Bewegung, deren Kreis natürlich noch weiter gezogen werden muß, hat sehr viel Aussicht. Sie bedarf bloß einer festeren Grün-

dung und tiefer herkommender, auch stärkerer Quellen. Es ist die Linie der Erneuerung, die nach meiner Ueberzeugung allein zwar nicht zur „Neuen Schweiz“, aber zu einer, im guten Sinne, neuen Schweiz führt.¹⁾

Der *Liberalismus* dagegen, als Wirtschaftsform und Parteigeilde, ist in raschem und hoffnungslosem Zerfall. Das bestätigt auf der wirtschaftlichen Linie sogar die „Neue Zürcher Zeitung“.²⁾ Wenn unser Bürgertum im neuen Jahre die zweite *Lex Häberlin* mit Leidenschaft verteidigen wird, so ist das vollends die reine Reaktion, bei dem von Liberalismus kein Hauch mehr übrig bleibt, und wenn die *Jungliberale Bewegung*, der ich sonst viel Sympathie entgegenbringe, dabei mitmacht und in ihren „kulturpolitischen Postulaten“ Aehnliches vertritt, so gleitet sie fast unvermerkt von der Bahn des Liberalismus in die des Faschismus hinüber. Was vom Liberalismus bleibendes Gut ist, muß auf einer *andern* Linie gerettet werden.

II. Die Hauptlinie aber, auf der bei uns nicht nur der Liberalismus, sondern auch die Demokratie preisgegeben wird, ist der neue *Militarismus*, dem unsere bürgerlichen Parteien bedingungslos und haltlos verfallen sind.³⁾ Mit dem geht es (vorläufig — es ist noch nicht aller Tage Ende!) glänzend „vorwärts“ — nämlich dem Abgrund zu. Die 82 Millionen Mingers sind ohne einen Laut des Widerstandes von Seiten der Bürgerlichen geschluckt worden.

Noch deutlicher trat dieser Geist im Fall *Pointet* hervor. Pointet, ein neuchurgischer Leutnant, war während des dortigen Wahlkampfes öffentlich dafür eingetreten, daß man der weitaus größten, bis nahe an die absolute Mehrheit reichenden Partei des Kantons in Gestalt ihres Vertreters Nationalrat Graber den Einzug in die oberste Behörde des Kantons nicht länger verweigere.⁴⁾ Er hatte das, ohne selbst Sozialist zu sein, aus reinem Gerechtigkeitsfönn getan. Große Empörung darüber in „vaterländischen Kreisen“. Die Offiziersjunta tritt in Funk-

¹⁾ Mein Schriftchen: „*Die Erneuerung der Schweiz — ein Wort zur Besinnung*“, versucht, diese Linie zu zeigen. Es ist in einer zweiten Auflage erschienen. Ich habe da und dort einiges noch etwas klarer zu machen versucht und bitte, die Schrift nach *dieser* Form zu beurteilen. Vielleicht ist es nicht allzu unbefcheiden, wenn ich meine, ihre Verbreitung dürfte dem Werk einer schweizerischen Wiedergeburt dienen. Ja, ich erlaube mir eine *Bitte* auszusprechen: Würde sich nicht da und dort ein Freund finden, der das Schriftchen in einem ihm zugänglichen Organ mit ein paar Worten empföhle? Denn wie gegen alles, was ich schreibe (außer wo man etwa einmal bei einem Sätzchen gegen mich meint einhacken zu können), herrscht seit mehr als einem Jahrzehnt in der *Schweiz* eine nur selten durchbrochene *conspiration du silence*.

²⁾ Zum Beispiel in einem Artikel zu einer Schrift von Ganzoni: „Gestaltung und Willensbildung einer schweizerischen Handelspolitik“.

³⁾ Nichts ist für diesen Geist bezeichnender, als daß unmittelbar nach den „Frieden-auf-Erden“-Artikeln um Weihnachten in den bürgerlichen Blättern regelmäßig die Liste der militärischen Beförderungen und Kurse erscheint. In der „Neuen Zürcher Zeitung“ kam um Weihnachten ein Artikel über die „Wehrerziehung der schweizerischen Jugend“. Das ist ihr Ernst, das andere nur *Gebärde*. Auch eine Illustration zu: „Dürfen wir Weihnachten feiern?“ Es ist auch völlig ausgeschlossen, daß zu einer andern Jahreszeit in die große Mehrheit dieser Blätter etwas gelangte, was nur von ferne an Antimilitarismus erinnerte. Und dieses Land kennt keinen Militarismus!

⁴⁾ Aehnliches hatte im „*Messenger Social*“, dem von Pfarrer Pache geleiteten halboffiziellen Organ der Genfer protestantischen Kirchen, William Martin in bezug auf Genf getan. Dafür wurde dem Blatt die offizielle Unterstützung entzogen. Daß im Großen Rat von Genf die dort noch bestehende bürgerliche Mehrheit eine Entschädigung der Opfer des 9. November ablehnte, gehört zu der gleichen Verstockung.

tion. Pointets Major, Nationalrat Krügel, selbst zur konservativen Partei gehörig und für sie im Wahlkampf tätig gewesen, fordert von ihm auf dienstlichem Wege Rechenschaft und geht zuletzt so weit, ihm schriftlich die Frage zu stellen, ob er wohl im „Ernstfall“ bereit wäre, auch auf Graber schießen zu lassen. Pointet wendet sich an das schweizerische Militärdepartement um Auskunft, ob er sich eine solche Frage müsse gefallen lassen. Er wird abgewiesen und Minger hält auch in der Debatte vor dem Nationalrat die Hand über „feine Leute“. Ausgesprochen faschistischen Offizieren des gleichen Kantons aber wird kein Haar gekrümmt. Trotzdem diese Affäre sehr an „Zabern“ erinnert, gibt es aber beileibe wieder keinen schweizerischen Militarismus.¹⁾

III. Wenn im Angesicht solcher offenkundigen Tatsachen Grimm und seine Freunde dazu kommen, von einer durch einen derartigen Geist beherrschten Armeeleitung einen Kampf gegen Hitler oder Mussolini zu erwarten, so ist das schon nicht mehr ein Problem der Politik, sondern der „Tiefenpsychologie“. Freilich sind nun die Grimmschen Thesen zur „Landesverteidigung“ veröffentlicht worden (nachdem die vom Parteivorstand bestellte Kommission mit 6 gegen 4 Stimmen sie angenommen hat) und scheinen das Rätsel zu lösen. Denn darin wird mit heftiger Gebärde die Zuschiebung abgelehnt, als ob es sich um ein Einlenken in die „bürgerliche“ Landesverteidigung handle und bloß die These aufgestellt, daß im Falle des „Einbruchs faschistischer Horden“ auch militärische Abwehr berechtigt sei. Aber dann entsteht sofort die Frage: Wie soll denn diese militärische Abwehr *organisiert* werden? Offenbar *vorher*, und zwar *gründlich!* Damit aber sind alle Militärkredite gerechtfertigt. In der Tat soll ja diese „revolutionäre“ Kulisse nur die Kapitulation vor unserem Militarismus verdecken. Denn Grimm ist gescheit genug, um einzusehen, wie haltlos sonst sein Postulat wäre. Auch fehlt es an Hintertüren nicht.²⁾ *Nobs* versucht, um dem Vorwurf des Einlenkens in den bürgerlichen Militärpatriotismus und der Preisgabe des Antimilitarismus zu entgehen, im „Volksrecht“ das Problem so zu wenden, als ob es sich um die „Gewaltlosigkeit“ handle. Daß aber *davon* keine Rede ist, kann er doch genau wissen. Der zürcherische Parteisekretär *Walter* aber gibt im „Volksrecht“ den Grimmschen Thesen eine Auslegung, die dem Fasse vollends den Boden aus schlägt. Er verlangt und erwartet nichts mehr und nichts weniger, als daß, wenn ein Krieg ausbreche, das revolutionäre Proletariat sich der Führung der Armee bemächtige und den Krieg auf *seine* Art führe. In was für einer Traumwelt muß man leben, um so etwas im Ernst sagen zu können!

Es muß aber festgestellt werden, daß die *Opposition* gegen den ganzen Vorstoß Grimms und seiner Freunde sehr stark ist. In Zürich beherrscht sie die Partei, besonders die Jugend. Aber auch die Frauen, was ihnen sehr zur Ehre gereicht. Aber sie ist überall stark. Es drängt sich auf, was Nationalrat *Schneider* in Basel in seinen Oppositionsthesen verlangt, mit denen ich persönlich ein gutes Stück weit gehen kann (Gegner und Bundesgenossen wechseln immer wieder!),

¹⁾ Auch die da und dort, wie es scheint, geplante „Bankenwehr“ zeigt deutlich, worum es sich bei uns in der Militärfrage wesentlich handelt. Dagegen gelingen die Anschläge unserer Offiziersjunta doch nicht überall. Lehrer *Sutter* in Baden z. B. ist doch zum Sekundarlehrer gewählt worden, und Doktor *Brenner* wird durch einen Beschluß der Zentralschulpflege von Zürich für den Herbst wieder in seine Lehrtätigkeit eingesetzt. — In der „Nation“ findet eine *loyale* Auseinandersetzung über die „Landesverteidigung“ zwischen Oberst Ceresole (dem Bruder des Antimilitaristen) und Alfred Bietenholz statt.

²⁾ Schon die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber dem 82-Millionen-Kredit war wenig imponierend und wurde mit einem leisen Hohnlachen aufgenommen. Es war auch traurig bezeichnend, daß bei der Verhandlung über die beiden Dienstverweigerer Descoevdre und Matthey (vgl. die „Chronik“) der Ankläger sich auf die Ausführungen eines sozialistischen Gewerkschaftsführers berufen konnte.

daß nämlich die ganze Frage vorläufig ad acta gelegt und dafür ein neues Gesamtprogramm der Parteiaktion ausgearbeitet werde. Sicher wäre das das Beste. Denn es ist klar, daß das Problem noch der Reifung bedarf. Sollte es gelingen, am Parteitag und bei einer allfälligen Urabstimmung den Willen Grimms und seiner Freunde zur „Rechten“ und zur „Linken“ auszudrücken, so wären die Folgen verheerend. Und wenn auch grundsätzlich gesprochen eine „Revision“ in dieser Sache, im Sinne einer Beseitigung aller Halbheit und Unwahrheit, sehr wünschenswert ist, so nicht in diesem Augenblick. Daß mitten in den Aufschwung des Sozialismus hinein, in einer Stunde, wo es um Leben oder Sterben des Sozialismus geht, aus irgend welchen verborgenen Gründen vielleicht allzu menschlicher Art in die Partei dieser verheerende Streit geworfen worden ist, das bedeutet einen Fall, der, wenn er im Kriege vorkäme, vor ein Kriegsgericht führte.

IV. Werfen wir zum Schlusse nur noch einen raschen Blick auf das übrige politische Leben der Schweiz. Die Lösung der *Zonenfrage* wird im allgemeinen als ungünstig betrachtet. — Das Verhältnis zu *Deutschland* wird durch fortdauernde neue Zwischenfälle an der Grenze verschlechtert. Dumpf lastet auf der Schweiz die durch das Auftreten des Doktor *Schacht* jedermann deutlich gewordene Gefahr, die ganze Summe der von der Schweiz nach Deutschland geliehenen Gelder, alles in allem etwa drei Milliarden (die zu früheren riesigen Verlusten hinzukämen), in das Kamin schreiben zu müssen. Das wäre eine ungeheure Katastrophe. Unverdient wäre sie wahrhaftig nicht, aber ihre Folgen träfen natürlich auch die Unschuldigen, und diese, wie immer, am härtesten. Diese Wendung wird um so tragischer, als wir uns sagen müssen, daß diese Gelder nicht bloß zur Konkurrenzierung der Schweiz, sondern auch zur Herstellung jener Bomben verwendet werden, die einst vielleicht auf unsere Städte und Dörfer fallen. Ob uns dafür die geplanten neuen *Autofstraßen* über die Alpen und zu ihnen hin, eine neue Auslieferung der Schöpfung Gottes an den Mammon und die mit ihm verbündeten Götzen, entschädigen würden, ist nur für Menschen eine Frage, die zwischen Gott und Götzen nicht mehr unterscheiden können. Inzwischen setzt der Bundesrat gerade gegen dieses Hitler-Deutschland, das uns auf alle Weise am Leben bedroht, seine untertänige Haltung fort. So hat er, als in Zürich schon drei große Volksversammlungen gerufen waren, um gegen die zu fürchtende Verurteilung Torglers und der Bulgaren zu protestieren, durch ein Telegramm dem französischen Rechtsanwalt Jourdain und der Schwester Dimitroffs das Reden verboten. So steht es bei uns!

Dennoch! Ein Gutes hat das Jahr gebracht: *Bewegung* statt der tödlichen Stagnation. Es ist nun auch im Guten wieder vieles möglich, was noch vor einem Jahre aussichtslos schien. Der Boden ist geöffnet; es kann böse, aber auch gute Saat hineingeworfen werden. Streuen wir gute aus! Es ist Hoffnung, daß sie aufgehe! Aber *wach* werden, *ganz wach*! Und die prophetische Losung nie vergessen: „Pflüget ein Neues und säet nicht unter die Dornen!“

Eine Aktion der religiösen Sozialisten in Oesterreich.

Unsere Freunde, die Religiösen Sozialisten Oesterreichs, haben eine Aktion von großer Bedeutung vollbracht. Bewegt von der ungeheuren Gefahr, die der Versuch einer völligen Vernichtung der österreichischen Sozialdemokratie infolge des dann entbrennenden Kampfes nicht nur für Oesterreich, sondern für ganz Europa und darüber hinaus bedeutete, und noch mehr von der Gefahr für die Sache Christi selbst, die aus einer Beteiligung der Kirche an diesem Versuch entstünde, haben sie beschlossen, sich mit ihrer Sorge vermittelt deren obersten Vertretung in Oesterreich an die Kirche selbst zu wenden. *Otto Bauer* und *Wilhelm Frank* sind von Kardinal Dr. *Innitzer*, dem Erzbischof von Wien, zu einer Aussprache über das schwere Problem empfangen worden. Sie wurden mit Interesse und Freundlichkeit angehört und der Kardinal versprach eine Beantwortung des

ihm überreichten Memorials. (Wenn der Raum es erlaubt, soll dieses bedeutsame Dokument in diesem oder dem nächsten Hefte erscheinen.)

Die Gedanken, die unsere Freunde bewegen, sind in dem folgenden Abschnitt des „Menschheitskämpfers“ durch Otto Bauer konzentriert ausgesprochen:

„Aber wir sehen durch die Entwicklung der Dinge nicht allein das Schicksal des Landes und des arbeitenden Volkes gefährdet — was ja allein schon auslangte, um ein christliches Gewissen außerordentlich zu bedrängen —, es ist das Schicksal des Christentums selbst, der Sache und der Wahrheit Christi, das uns beunruhigt und zu sprechen zwingt. Wenn es nämlich tatsächlich dazu kommen sollte, daß man von irgendwelchen politischen Gruppen unter Berufung auf kirchliche Lehren und bei fälschlicher Anrufung des Namens Christi, unser Volk in den Faschismus führt, die Arbeiterbewegung zerschlägt, ohne daß die Kirche nicht nur ein Wort, sondern auch eine Tat dagegen setzt, so würde ohne Zweifel bei der unausbleiblichen Gegenbewegung das Schicksal der bisherigen kirchlichen Form besiegelt sein. Aber nach menschlichem Ermessen eben nicht nur das allein. *Der Name Christi wäre nach menschlichem Ermessen vor dem gerechten Zorn der Unterdrückten derart mit Schimpf und Schmach besleckt, daß sich ihre Empörung auch gegen ihn richten würde.* Diese Gefahren und Möglichkeiten lauern in den Entscheidungen der nächsten Tage. Sie steigern die Verantwortlichkeit aller, die aus christlichem Glauben sich an die Fragen der Politik gestellt wissen.“

Die *römische Kirche* hätte allen Anlaß, auf diese warnende Stimme zu hören. Es ist die Stimme Bester ihrer Söhne. Sie hat inzwischen mit dem italienischen und dem deutschen Faschismus Erfahrungen gemacht, die ihr dafür Ohr und Herz geöffnet haben sollten. Aber auch die *Sozialdemokratie* ist zu einem großen Entgegenkommen bereit. Im Gegensatz zu der offiziellen Meinung der schweizerischen zeigt sie bei entschiedener Ablehnung des *faschistischen* Korporationsstaates doch volles Verständnis für eine *demokratische* Gestaltung der Korporationsidee, die nicht eine Aufhebung, sondern eine „Ergänzung“ der politischen Demokratie wäre. (Vgl. die Äußerung Dr. Bauers in „Zur Weltlage“.) Unsere Freunde haben ja auch nicht ohne vorherige Verständigung mit der Partei gehandelt. Diese schenkt ihnen großes Vertrauen und räumt ihnen eine wichtige Stellung ein. Es ist im übrigen jedem unbefangenen Beurteiler völlig klar, daß Oesterreichs Selbständigkeit auf die Länge nicht ohne die Sozialdemokratie oder gar gegen sie behauptet werden kann. Daß aber ihr Verlust das Signal zu einem neuen, diesmal von Wien ausgehenden Weltbrand wäre, ist ebenso klar. Darum hat das österreichische Problem neben seiner Bedeutung für das Reich Christi auch eine ganz große, ja entscheidende politische Wichtigkeit und sollten dem Kampf, den dort unsere Freunde kämpfen und den auf diesem Posten die Demokratie kämpft, alle verwandten Kräfte der Welt zu Hilfe kommen. Noch einmal: es steht darüber das Signal S. O. S. (Save our Souls = Rettet!).

Kampfliteratur. Von der „Zentralstelle für Friedensarbeit“, Gartenhofstr. 7, Zürich 4, sind herausgegeben worden:

1. Der Briefwechsel zwischen Walter Im Hof und Max Gerber über die militärische Landesverteidigung, der im „Aufbau“ erschienen ist. Der Titel lautet nun: „Ein Briefwechsel über die Landesverteidigung.“ Die Flugschrift ist für 10 Rp. das einzelne Stück und für 5 Rp. bei Abnahme von zehn Exemplaren und darüber von der Zentralstelle zu beziehen.

2. Auch von den „Thesen zum Militärprogramm der Sozialdemokratie“, welche vom Ausschuß der Zentralstelle formuliert worden und in den „Neuen Wegen“ wie im „Aufbau“ erschienen sind, ist von der Zentralstelle eine Separat-Ausgabe veranstaltet worden, die zu 5 Rp. das einzelne Stück und zu 4 Rp. von zehn Stück an bei ihr zu beziehen ist.

Beide Flugschriften sind wohl imstande, gerade in der heutigen Lage große Dienste zu leisten und wir bitten um weite und eifrige Verbreitung. Der sehr niedrige Preis ermöglicht eine solche ja.

3. Daß die von der Religiös-sozialen Vereinigung herausgegebene Schrift von Leonhard Ragaz: „Die Erneuerung der Schweiz — ein Wort zur Besinnung“ in zweiter Auflage erschienen ist, hat schon anderwärts Erwähnung gefunden. Sie sollte ebenfalls eifrig verbreitet werden. Die etwas größere Schrift: „Die Botschaft vom Reiche Gottes — ein religiös-soziales Bekenntnis“ von Robert Lejeune und Leonhard Ragaz besitzt wohl nicht geringere Aktualität.

Die Religiös-Soziale Vereinigung. Es ist vor Weihnachten einer größeren Zahl von Lesern, die dafür in Betracht zu kommen schienen und uns als solche bekannt waren, die Prinzipienklärung und das Organisationsstatut der Religiös-sozialen Vereinigung zugestellt worden. Aus den Anmeldungen ist nun zu schließen, daß wohl viele, deren Beitritt man Ursache hat fast als selbstverständlich zu betrachten, aus diesem Grunde die Erklärung unterlassen haben. Andere mögen vielleicht bisher veräußert haben, sie dem Komitee zuzuschicken. Es war vielleicht auch ein ungünstiger Umstand, daß jene Zustellung gerade in den Weihnachtstrubel fiel. Darum werden die Empfänger jener Schriftstücke freundlich daran erinnert und gebeten, ihren Beitritt ausdrücklich zu erklären, falls sie diesen im übrigen wünschen. Die Erklärungen sind entweder an Pfarrer Robert Lejeune, Zürich (Zollikerstraße 76), dem Präsidenten der Vereinigung, oder an die Sekretärin, Fräulein Dr. Christine Ragaz, Zürich (Gartenhofstraße 7), zu richten.

Für die „Flüchtlingshilfe der Neuen Wege“ sind uns zugestellt worden: Von Ungen. in L. Fr. 10.—; L. P. in Z. 20.—; E. N. in C. 100.—; Ungen. in K. 6.10; F. W. in F. 30.—; A. H. in G. 10.—. Total Fr. 176.10.

Wir danken allen Gebern warm für ihre Hilfeleistung, die es uns immer wieder ermöglicht, der dringendsten Not abzuweichen. Wir sind in letzter Zeit namentlich auch um Hilfe für Kinder angegangen worden, die vorläufig in Kinderheimen und in Familien untergebracht sind, für die aber Kostgelder aufgebracht werden müssen. Wer wünscht, daß seine Gabe in erster Linie den Kindern zu Gute komme, möge dies besonders bemerken.

Mit nochmaligem herzlichem Dank

L. und C. Ragaz.

Verstorbene. Mit Adrian von Arx aus Olten ist ohne Zweifel einer der besten und bedeutendsten Schweizer von uns gegangen, auch einer der letzten Politiker, die zugleich Menschen sind. Er war, nebenbei gesagt, auch ein langjähriger und aufmerksamer Leser der „Neuen Wege“. Mit uns verbanden ihn eine Reihe von Hauptgedanken. Mit uns, um mit dem Größten zu beginnen, war er überzeugt, daß Christus und das soziale Problem zusammengehörten; mit uns, daß die politische Demokratie durch die soziale vollendet und damit erst recht begründet werden müsse; mit uns, daß nur aus der Verwirklichung dieser beiden Notwendigkeiten die neue Schweiz entstehen könne; mit uns, daß heute der Kampf gegen den Krieg recht eigentlich der Kampf sei, selbstverständlich so, daß er nicht ohne Christus geführt werden könne, daß nur Christus darin Sieger bleibe. In seinem Drama „Der Helfer“, das lange nicht die Aufmerksamkeit gefunden hat, die es verdiente, kommt wohl das Letzte und Heiligste dieser Seele zum Ausdruck. Nicht vergessen sei besonders auch zweierlei: Er ist einer der wenigen gewesen, die es wagten, zwar einer Partei, der „freisinnigen“, angehörend, doch allein zu stehen, und er hat in der Schweiz seiner Liebe keine Lex Häberlin sehen wollen.

Kurz: ein Mensch, ein Christ, ein Schweizer, wie die Zeit sie bitter nötig hätte. Wir sind viel ärmer, da dieser Mann nicht mehr unter uns ist.

Zu den eifrigsten und treuesten Lesern der „Neuen Wege“ gehörte Fräulein Emilie Gähler, die nun in ihrem stillen Landhaus zu Orselina über Locarno in hohem Alter ihr Auge geschlossen hat. Sie war eine freilich nicht in die Öffentlichkeit tretende, aber in der Stille desto treuere Mitkämpferin namentlich für die Sache des Friedens, aber überhaupt für Gottes Sache unter den Menschen. Von der Heilsarmee herkommend, hat sie in der Sache, der auch die „Neuen Wege“ dienen, eine Erfüllung dessen gefunden, was sie dort gesucht. Sie war ein Mensch des kräftigen Empfindens und frischen Impulses, ein warmes Herz und eine große Seele.

Und im übrigen Zusammenschluß aller derer, die Freiheit und Demokratie lieben, auf einem gemeinfamen Boden. Und zwar rasch! Denn es ist Gefahr im Verzug.

Bitte um Hilfe.

Die *Religiös-soziale Vereinigung* hat für die deutsche Schweiz eine von Max Gerber verfaßte *Flugschrift gegen die Lex Häberlin II* in 170 000 Exemplaren ausgeben lassen, während in der welschen Schweiz zwei besondere Flugblätter in großer Zahl verbreitet worden sind. Gewiß haben diese Aufrufe zum Erfolg des 11. März wesentlich beigetragen. Da diese Aktion, wie man sich denken kann, ziemliche Kosten verursacht hat (trotzdem fast alle mit dem Verfenden und Verteilen verbundene Arbeit gratis getan wurde und mit großer Hingabe), so bittet die Vereinigung um freiwillige Beiträge der Freunde, die solche zu leisten imstande sind. Sie sind der Religiös-sozialen Vereinigung, Zürich (Postcheck VIII 15.557), einzuzahlen. Warmen Dank zum voraus!

Berichtigungen.

Im *Januarheft* ist zu lesen:

S. 2, Z. 6 v. unten, „die *Schuld*, die ungeführte“ (statt „das Leid, das ungeführte, welche“ uff.); S. 3, Z. 6 v. oben, „der *Schuld*“ (statt „dem Leid“); S. 20, Z. 22 v. oben, „740—700“ (statt 750—720); S. 29, Z. 1 v. unten, „*wurde*“ (statt „wird“); S. 37, Z. 27 v. unten, „russisch-japanischen“ (statt „russisch-chinesischen“) Kriege; S. 39, Z. 22 v. unten „zu“ (statt „zur“).

Im *Februarheft* ist zu berichtigen: S. 64, Z. 3 v. oben, ist „vor allem“ zu streichen.

Redaktionelle Bemerkungen.

Dieses Heft, das wieder umfangreicher ist, als das normaler Weise der Fall sein darf, eignet sich wohl für die *Propaganda*, und wir möchten die Freunde bitten, es zu diesem Zwecke benutzen zu wollen.

Die *politischen Ereignisse* sind wieder so wichtig und so drängend, daß sie viel Raum fordern, den wir ihnen nicht verweigern dürfen und daß eine Monatschrift beim besten Willen nicht mit ihnen völlig Schritt halten kann. Wir bitten für beides um Verständnis und Nachsicht.

Der Artikel zum 11. März ist am Vormittag nach dem Abstimmungstag, in der ersten Erregung, geschrieben. Das hat natürlich den Tenor beeinflußt, wie man verstehen wird. *Sachlich* würde er auch jetzt nicht anders gehalten.

Worte.

Die träge Teilnahmslosigkeit eines Volkes endet immer mit der Mißachtung seiner Einrichtungen und mit dem Verlust seiner Freiheit.

Gottfried Keller.

In den großen Krisen und in den großen Nöten ist die günstige Aussicht immer auf der Seite dessen gewesen, der gegen alle Hoffnung dennoch hoffte.

Alexander Vinet.